

Gemeinderat von Zürich

06.11.2002

Postulatvon Roger Liebi (SVP)
und Mauro Tuena (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Massnahmen bestehende Asylunterkünfte in Schulhäusern und in deren näheren Umgebung aufgehoben werden können und wie generell verhindert werden kann, dass in Schulhäusern und in Gebäuden in deren näheren Umgebung Asylunterkünfte errichtet bzw. angeboten werden.

Begründung:

Die bisherige Politik der Stadt Zürich bei der Beschaffung und Bereitstellung von Asylunterkünften führte bereits bisher zu einer - gemessen an den übrigen Gemeinden im Kanton - überdurchschnittlichen Belastung für Bewohner und Sicherheitskräfte der Stadt.

Es ist erwiesen, dass bei den (zu selten) durchgeführten Razzien in Asylunterkünften bei einem Teil der sog. Asylsuchenden immer wieder Drogen und Waffen oder anderes Diebesgut sichergestellt werden.

Diese Tatsache und die Notwendigkeit von gelegentlichen Razzien verunsichert Lehrer, Eltern und Schüler, führt zu einem Gefühl der Unsicherheit und beeinflusst so mindestens im Unterbewusstsein Unterrichtsgestaltung und Lernverhalten negativ.

